

Bewerbung um einen Platz im erweiterten Landesvorstand

Liebe Genoss*innen,

Der Neoliberalismus ist gekennzeichnet von Sozialabbau, Steuersenkungen für das Kapital und eine Entdemokratisierung öffentlicher Aufgaben, z.B. beim sozialen Wohnungsbau, im Gesundheits- und dem Bildungswesen. Auf der anderen Seite werden Senkungen der direkten Steuern auf z.B. Gewinne durch Anhebung indirekter Steuern kompensiert - diese bezahlen am Ende alle, auch die Menschen mit einem geringen Einkommen.

Der Kapitalismus muss immer neue Felder suchen, um seinen unstillbaren Durst nach Wachstum und Profit zu befriedigen. Er kennt keine Grenzen, auch den Sektor der Daseinsvorsorge als Quelle des Profites zu erschließen - auf Kosten der Arbeiter*innenklasse und der Menschen, die sich eine Daseinsvorsorge, die auf Profit getrimmt ist, nicht leisten können.

Die derzeitige Krise zeigt die Folgen der Privatisierung gesellschaftlich wichtiger Daseinsvorsorge: fehlende Schutzausrüstung für die Pflegenden, arbeiten bis zum Umfallen. Auf der anderen Seite massiv steigende Erwerbslosenzahlen und eine nie dagewesene Kurzarbeiterquote. Viele Menschen haben Existenzängste.

DIE LINKE muss Antworten finden auf die drängenden Fragen. Gerade auch in NRW.

Ich bewerbe mich um einen Platz im erweiterten Landesvorstand, um den arbeitenden Menschen eine Stimme zu geben. Im Landesvorstand müssen auch engagierte Genoss*innen sitzen, die an Werkbänken oder Maschinen oder einfach nur in den Büros Tag für Tag für einen mickrigen Lohn dazu beitragen, dass die Kapitalseite ihren Profit einheimsen kann. Aber auch den Pflegenden in den Kliniken und Altenheimen, den Niedriglohnschaffenden und prekär Beschäftigten sowie den Menschen, die im Hartz-IV-Regime leben, will ich eine Stimme im LaVo geben.

Die Themen Wohnen, Gesundheit und Klimaschutz sind mir genauso wichtig. Letztendlich sind aber all diese Themen ineinander verflochten und lassen sich nicht allein betrachten. Die sozialen Fragestellungen können immer nur ganzheitlich beantwortet werden.

Gesellschaftliche Veränderungen können nicht in Parlamenten errungen werden. Sie werden auf der Straße, in den Bewegungen und gewerkschaftlichen Kämpfen errungen. Daher habe ich auch keine Ambitionen auf ein Landtags- oder Bundestagsmandat.

Ich arbeite in einem tariflosen Betrieb, der nach der Krise 2008/2009 17% der Belegschaft entlassen hat. Seinerzeit habe ich als Betriebsratsmitglied diese Kündigungswelle begleiten müssen. Trotz der Tariflosigkeit des Betriebes beteilige ich mich an und unterstütze Streiks der IG-Metall.

Rot-Rot-Grün (oder wie auch immer eine Koalition aussehen mag) erteile ich meine klare Absage.

Ich bitte um Eure Stimme für gesellschaftliche und progressive Veränderung. Denn die beginnt auch im Landesvorstand.

Otto Ersching



Otto Ersching, aus Lüdenscheid, 55 Jahre alt

Mitgliedschaften, Aktivitäten:

1. *stellv. Sprecher SV Lüdenscheid*
2. *sachkundiger Bürger im Umweltausschuss und Polizeibeirat - Kreisfraktion*
3. *Mitglied Sprecher*innenrat LAG Gesundheit und Soziales*
4. *Mitglied der LAG Weg mit Hartz4*
5. *Aktiv in der der Antikapitalistischen Linke*
6. *Mitglied in der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG-VK)*
7. *Mitglied in der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (AAW)*
8. *Mitglied in der IG-Metall*
9. *Aktiv in der IG-Metall Arbeitsgruppe „Angestellte“*
10. *Delegierter der IG-Metall Märkischer Kreis*
11. *Aktive und passive Unterstützung der örtlichen Friedensgruppe, der örtlichen Energiewendegruppe, der örtlichen Critical-Mass-Gruppe und des antifaschistischen Bündnisses*

Beabsichtigst Du, für den Bundestag oder den Landtag NRW zu kandidieren?

Nein, ich will so bleiben, wie ich bin und mich nicht in eine Rolle stecken lassen, die nicht zu mir passt. Wirkliche Veränderung kommt nicht aus den Parlamenten heraus, sondern aus gesellschaftlicher Bewegung.

Beabsichtigst Du, Dich als Mitarbeiter*in für Abgeordnete des Bundestages oder des Landtages zu bewerben?

Aus einer komfortablen Beschäftigung in eine prekäre? Auf keinen Fall.

Bist Du derzeit bei einer/einem Abgeordneten beschäftigt?

Nein

Bist du hauptamtlich bei einer Fraktion oder der Partei beschäftigt?

Nein, Parteiarbeit ist aus meiner Sicht möglichst ehrenamtlich zu erledigen. Ausnahmen bilden Full-Time-Jobs in der Partei, die müssen bezahlt werden.

In welcher Gewerkschaft oder außerparlamentarischen Initiativen bist Du aktiv und seit wann?

IG Metall, örtliche Friedensgruppe, örtl. Energiewendegruppe, örtl. Critical Mass-Gruppe, örtl. Antifaschistisches Bündnis

An welchen betrieblichen oder außerparlamentarischen Kämpfen warst oder bist du beteiligt?

Ich arbeite aktiv in der AG Angestellte der IG-Metall mit. Trotz dass ich in einem tariflosen Betrieb arbeite, beteilige ich mich an Streiks und an anderen Aktionen. Allerdings regen mich die hauptamtlichen der IGM derzeit auf, keine Aktionen trotz Werksschließungen, lieber einen Rundbrief schreiben.

Unterstützung der örtl. Gruppen bei Aktionen und Forderungen an das Kommunalparlament

Welchen politischen Milieus und Gruppierungen fühlst Du Dich zugehörig?

Ich bin ein Arbeiter*innen-Kind. Selbst habe ich mein ganzes Leben in kleinen und größeren Firmen gearbeitet. Früher an der Werkbank jetzt als Werkzeugkonstrukteur. Nach wie vor habe ich eine gute Verbindung zu den Kolleg*innen, die an den Maschinen und Werkbänken arbeiten.

Als Antifaschist fühle ich mich allen genannten und nicht genannten Milieus verpflichtet.

Wessen Interessen wirst Du mit welchen Inhalten besonders vertreten?

Die Arbeiter*innenklasse, insbesondere die prekär Beschäftigten aber auch die Hartz4-Betroffenen muss eine Stimme bekommen. Aber nicht nur das Thema „Arbeit, Soziales und Armut“ sind zu behandeln. Z.B. Gesundheit und Wohnen sowie der Klimaschutz sind ebenfalls wichtige Themen, die angegangen werden und eine deutliche linke Handschrift tragen müssen. Die genannten Themen sind einer Verflechtung unterlegen. Daher ist eine konkrete Aussage auf eines der Themen nicht möglich.

Als Mitglied des Sprecher*innen-Rates der LAG Gesundheit und Soziales wäre ich bereit, als gesundheitspolitischer Sprecher die Beschäftigten in der Alten- und Krankenpflege zu vertreten. Einer Verpflichtung gegenüber den Krankenhaus-Bündnissen ist dabei erforderlich. Aber nicht nur der Krankenhausversorgung und der Altenpflege will ich mich widmen, sondern auch der Ärzteversorgung insbesondere in ländlichen Bereichen.

Ebenso kann ich auch das Thema Mieten und Wohnen aufgreifen. Hier habe ich bereits inhaltliche Erfahrungen gesammelt, insbesondere im ländlichen Bereich.

In welchen Strömungen, BAG oder LAG der Partei DIE LINKE bist Du Mitglied?

AKL, LAG Gesundheit und Soziales, LAG Weg mit Hartz4

In welchen außerparteilichen politischen Organisationen wie SAV, SOL, ISO u.a. bist Du aktiv?

Keine außer den oben genannten örtl. Gruppen

Zu welchen sonstigen politischen Netzwerken wie Aufstehen oder marx.21 fühlst Du Dich zugehörig?

Wenn überhaupt, zu den Bewegungslinken. Ansonsten nur AKL.

Meine Antworten auf die Fragen des Genossen Jörg Reiners

Was hältst Du von einer Ausweitung der Basisdemokratie in unserer Gesellschaft?

Demokratie ist auch Teilhabe an den politischen Prozessen. Schon jetzt gibt es auf kommunaler Ebene und auf Landesebene Mittel, um basisdemokratische Prozesse ins Leben zu rufen – Bürger- bzw. Volksinitiative sowie das Bürger- bzw. Volksbegehren. Diese Mittel der demokratischen Beteiligung sind aber mit hohen Hürden verbunden. Auf Bundesebene gibt es diese Werkzeuge nicht.

Leider lassen diese parlamentarische Demokratie und das kapitalistische System keine echten basisdemokratischen Prozesse zu. Denn dann könnten und würden manche Entscheidungen durch die Menschen gekippt – z.B. Auslands- und Kriegseinsätze.

Ein anderes System wäre geeigneter für grundlegende Basisdemokratie. Allerdings wurde dieses System nur einmal real ausprobiert: Die Pariser Kommune (18.03.1871 – 28.05.1871). Diese damals neue Art des gesellschaftlichen Lebens wurde brutal durch die Herrschenden bzw. Machtgeilen niedergeschlagen.

Ich bin für eine Ausweitung basisdemokratischer Beteiligung an Entscheidungsprozessen, bin aber auch der Meinung, dass im Parlamentarismus dieser Ausweitung Grenzen gesetzt werden, sobald Interessen der Kapitaleseite in Gefahr sind.

Was hältst Du von einer Ausweitung der Basisdemokratie in unserer Partei?

Auch in unserer Partei bedeutet mehr Basisdemokratie mehr Teilhabe an den innerparteilichen Prozessen. Ich denke aber, zumindest auf den untersten Gliederungsebenen ist eine basisdemokratische Beteiligung schon recht gut ausgebaut – mehr wäre besser. Gerade in einer Partei sind basisdemokratische Prozesse Grenzen gesetzt. Zugespitzt gesagt wäre ein Parteitag gleichzeitig eine Mitgliederversammlung. Daher muss an dem Delegiertensystem festgehalten werden.

Ich bin auch für eine Ausweitung der Basisdemokratie in unserer Partei, soweit dies praktisch möglich ist.

Siehst Du in der Digitalisierung eher eine Gefahr oder eine Chance?

Sowohl eine Gefahr als auch eine Chance.

Der Corona-Virus hat auch was Gutes. Wir in der Partei haben Treffen, Seminare und Workshops oftmals zu Haus Online am Computer oder Tablet verfolgen können. Zeitaufwändige Wege sind entfallen, die Teilnehmerzahlen sind insgesamt gestiegen (so mein persönlicher Eindruck).

Auch in der Arbeitswelt kann die Digitalisierung zu einer Minderbelastung der Werktätigen werden. Hier ist auch gleich die erste Gefahr zu sehen. Die Kapitaleseite wird die Digitalisierung zur Senkung von Lohnkosten nutzen – bedeutet Arbeitsplatzabbau. Während bei anderen industriellen Revolutionen Arbeitsplätze aus der Produktionswelt in die Dienstleistungswelt gewandert sind, sind diesmal alle Bereiche der Lohnarbeit betroffen.

Auch führt die Digitalisierung zu neuen Ausbeutungsformen und Scheinselbstständigkeiten. Der sogenannte Crowd-Worker arbeitet nicht mehr in einem abhängigen Verhältnis, sondern meist von zu Hause aus auf eigene Rechnung für eine meist mickrige Vergütung und ist dem Wettbewerb mit anderen Crowd-Workern ausgesetzt. Die Dienstleistung ist meist eine niedrighschwellige Arbeit, wie das (Ab)schreiben von Texten oder die Freistellung digitaler Fotos.

Zu dem Thema Digitalisierung kann ich noch mehr schreiben, allerdings würde das den Rahmen für die Beantwortung der Fragen sprengen.

Digitalisierung muss dem Menschen dienen, nicht dem Kapital.

Zusammenschlüsse arbeiten das inhaltliche Fundament unserer Partei aus. Wie willst Du die Arbeit der Zusammenschlüsse stärken?

Strömungen und LAG's sowie BAG's sind die Basis für die Inhalte der Partei. Eine Stärkung der Zusammenschlüsse durch die Vorstände kann durch zwei wesentliche Tätigkeiten erfolgen:

1. Inhaltliche Vorschläge müssen auf den Ebenen diskutiert werden und danach in das Programm übernommen werden. Die Übernahme muss nach Möglichkeit durch einen Parteitag erfolgen. Die inhaltlichen Vorschläge müssen sinnhaft und fortschrittlich sein. Allein durch die Beachtung der erarbeiteten Vorschläge ist ein erster Schritt der Stärkung getan.
2. Werbung für die Mitarbeit in Zusammenschlüssen und Arbeitsgemeinschaften. Dabei mit gutem Beispiel voran gehen und als Vorstandsmitglied auch Mitglied einer Strömung und einer oder zwei Arbeitsgemeinschaften sein. Natürlich muss eine aktive Mitarbeit erfolgen – inaktive Mitglieder gibt es genug.

Demnächst wird es in der Partei, also auch in NRW, einen Mitgliederentscheid zur Aufnahme eines von der Partei auszuarbeitenden Grundeinkommens in die Parteiprogrammatik geben. Wie willst Du den Mitgliederentscheid positiv für die Partei nutzen?

Bevor ich den Mitgliederentscheid positiv für die Partei nutzen kann, muss eben dieser den Antrag positiv bescheiden. Sonst bleibt alles beim Alten.

Ich persönlich habe mir zu einem Grundeinkommen noch keine abschließende Meinung gebildet. Es gibt aus meiner Sicht zu viele Argumente für ein aber auch gegen ein Grundeinkommen. Das bedingungslose Grundeinkommen ist aus meiner Sicht eine gute Sache, da sie einen Teil des Zwanges zur Erwerbsarbeit nimmt, die nicht mit dem eigenen Gewissen vereinbar sind (z.B. Arbeit in der Rüstungsindustrie). Auch die Vermögenden bekommen dieses Grundeinkommen, obwohl sie es nicht benötigen. Das Argument, sie könnten es ja spenden, ist meiner Meinung nach nicht zielführend, denn die Vermögenden werden niemals soziale Projekte unterstützen, sondern immer nur das, was ihnen dienlich ist. Eine Zweckbindung ist unabdinglich.

Beim Grundeinkommen, welches auf negativer Einkommenssteuer basiert, ist eben der Zusatz bedingungslos nicht mehr gegeben. Die Vermögenden bzw. Spitzenverdiener bekommen es nicht mehr. Allerdings findet diese Art des Grundeinkommens meine Zustimmung.

Zu kritisieren ist an allen Konzepten des Grundeinkommens, dass eine bestimmte Höhe (z.B. 1000 EUR oder 1200 EUR) ohne eine Bedingung ausgezahlt werden. Das Geld würde für ein bescheidenes Leben in meinem Wohnort Lüdenscheid wahrscheinlich ausreichen. In Metropolen, wie München oder Berlin wird eben dieses Geld nicht ausreichend sein. Hier wären weitere unterstützende Gelder notwendig. Daher ist ein Teil der Gegenfinanzierung durch den Wegfall von öffentlichen Stellen wie das Jobcenter nicht gegeben.

Weiterhin besteht die Gefahr im Kapitalismus, dass ein Teil der Lohnkosten eben durch das Grundeinkommen ersetzt werden. Das heißt, staatlich geförderter Profit für die Kapitalseite. Teile der FDP stehen aus diesem Grund dem bedingungslosen Grundeinkommen positiv gegenüber.

Einem anstehenden Mitgliederentscheid würde ich auf jedenfalls bewerben und die Mitglieder auffordern, mitzumachen. Mitgliederentscheide sind basisdemokratische Prozesse.

Wie stehst Du -gerade aufgrund der Erfahrungen mit den Restriktionen durch COVID-19- zu dem von der BAG Grundeinkommen ausgearbeiteten Grundeinkommenskonzept (Link)?

Ich bin ehrlich, ich habe mich noch nicht mit dem Grundkonzept befassen können. In der vorherigen Frage stehen bereits meine Antworten zum Grundeinkommen.

Eine Alternative ist die durch die BAG Hartz-IV auf den Weg gebrachte Entscheidung, eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1200 EUR ins Programm aufzunehmen bzw. das Parteiprogramm in dieser Forderung zu aktualisieren. Ebenso ist die Aktualisierung der Mindestlohnforderung auf 13 EUR eine reale Alternative. Beide Beträge sind aus meiner Sicht immer noch zu niedrig, aber immerhin eine Abgrenzung zur SPD.

Insbesondere in dieser Krise, die nicht nur auf den Virus beruht, sondern sich bereits im letzten Jahr angekündigt hat, ist eine Einführung eines Grundeinkommens nicht realisierbar. Die Zeit ist einfach zu kurz dafür.

Kurzfristig helfen den Menschen nur eine massive Erhöhung des Hartz-IV-Satzes auf min. 600 EUR mittelfristig auf die oben genannten 1200 EUR – beides Sanktionsfrei. Ein erhöhtes Kurzarbeitergeld von 90%, oder 100% für Geringverdienende, einen deutliches Lohnplus für die real systemrelevanten Berufe (z.B. Pfleger*innen, Menschen, die in Lebensmittelgeschäften arbeiten, Bus- und LKW-Fahrer*innen). Ein Honorarausgleich für Solo-Selbständige und Kleingewerbetreibende usw.

Wie willst Du die (bislang) inaktive Mitgliedschaft reaktivieren?

Ein Grundsatz und meine persönliche Erfahrung zeigen, dass nur ca. 30% einer Mitgliedschaft (nicht nur Parteien) aktiv mitarbeiten wollen. Viele Mitglieder wollen nur finanziell unterstützen oder trauen sich keine Mitarbeit zu.

Die finanziellen Unterstützer*innen kann man nicht aktivieren. Allerdings können Mitglieder, die sich nicht trauen, aktiviert werden. In Lüdenscheid ist uns das im Wahlkampf sehr gut gelungen. Bei Verteilaktionen und an Info-Ständen gab es reichlich Unterstützung durch ehemals inaktive Sympathisant*innen und Mitglieder. Alles fängt damit an, sie zu einem Treffen einzuladen und dann eine Regelmäßigkeit in die Treffen zu bekommen. Dann sollte man kleine Aufgaben verteilen, die aber auch Spaß machen. Inhaltliche Einbindung ist ein Muss. Tätigkeiten, die den einzelnen keinen Spaß machen, sollen sie auch nicht tun. Auf diese Art und Weise haben wir im Wahlkampf ein Mitglied hinzugewonnen und konnten im bergigen Lüdenscheid, welches kaum Hochhäuser hat, innerhalb von vier Tagen 10.000 unserer „Lünscher Stattzeitung“ verteilen.

Alle, die im Wahlkampf mitgemacht haben, kommen regelmäßig zu unseren wöchentlichen „Links trifft sich“.

Letztendlich muss man den Mitgliedern zeigen, dass sie bei uns eine politische „Heimat“ geboten bekommen und Parteiarbeit Spaß machen kann.